



Antrag

der Fraktion der SPD

„Demokratie leben!“ stärken und sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag betont die Bedeutung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ für die Demokratiestärkung und Extremismusprävention. Eine verlässliche finanzielle Perspektive und eine kontinuierliche Umsetzung des Programms sichert etablierte Beratungsprojekte bei uns in Schleswig-Holstein.

Die größte Herausforderung für die Demokratie ist derzeit der Rechtsextremismus in all seinen Ausprägungen. Der Fokus der Programmförderung sollte deshalb auch künftig auf der Bekämpfung des Rechtsextremismus liegen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für die künftige finanzielle Absicherung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ auch nach 2026 - bis zum Ende der Laufzeit 2032 - mindestens in der bisherigen Höhe einzusetzen, um die wichtige Arbeit insbesondere der etablierten Beratungsprojekte zur Demokratiestärkung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention abzusichern.

Begründung:

Eine Information der Bundesfamilienministerin Karin Prien hat laut Medienberichten zu Verunsicherungen von Initiativen und Verbänden geführt. Neben der noch offenen Finanzierung des Programms über 2026 hinaus, wird von einer Schwerpunktverschiebung berichtet. Eine transparente Kommunikation der zuständigen Ministerin ist bisher nicht erfolgt. Die Länder und insbesondere die Landesdemokratiezentren, als wichtige Partner des Bundes bei der Umsetzung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“, müssen daher in einem angemessenen Zeitrahmen und Format von Beginn an eingebunden werden. Es braucht Klarheit, um Transparenz und Sicherheit in diesem wichtigen Bereich zu schaffen.

Serpil Midyatli

und Fraktion

Niclas Dürbrook